



Eckhard Gnodtke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Zu der Diskussion im Finanzausschuss der Hansestadt Salzwedel zum Thema Ärztemangel teilt MdB Eckhard Gnodtke mit:

„Über eine Systemaufweitung beim Medizinstudium nachdenken“

Berlin, 06.09.2019

Bezug:

Anlagen:

Eckhard Gnodtke, MdB

Lohteich 35

29410 Salzwedel

Telefon: +49 3901-3939540

Fax: +49 3901-3939542

eckhard.gnodtke.wk01@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-75297

Fax: +49 30 227-70297

eckhard.gnodtke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stendal:

Bismarckstraße 19

39576 Stendal

Telefon: +49 3931-4931180

Fax: +49 3931-4931182

eckhard.gnodtke.wk02@bundestag.de

Selbstverständlich sind alle Ansätze, mit denen Kommunen versuchen Mediziner zu binden, zu begrüßen. Wie sich aus der beigefügten Aufstellung der KV ergibt, ist z.B. der Bereich Salzwedel drohend unterversorgt, soweit es Hausärzte anbetrifft. Landesweit sind jetzt schon knapp 150 Hausarztstellen nicht besetzt; im Jahre 2030 werden es rund 300 nicht besetzte Hausarztstellen sein. Der jetzt schon latente Mangel an Hausärzten ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs; insgesamt fehlen auch Fachärzte und vor allem Ärzte an Krankenhäusern. Nicht zu vergessen fehlen Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst.

Umso bestürzter bin ich, dass die federführende Sozialministerin das Problem in seiner gesamten Tragweite noch nicht einmal ansatzweise begriffen zu haben scheint.

So hat sie - das hat P. Fernitz als Mitglied des Stadtrates richtig herausgestellt - im § 2 des Entwurfes eines Landarztgesetzes in der Tat eine Beschränkung auf 5 Prozent der Studierenden festgehalten, obwohl in der Vergabeordnung der Stiftung für Hochschulzulassung die Möglichkeit eröffnet wurde, bis zu 10 % der Medizinstudienplätze vorab an Bewerberinnen und Bewerber zu vergeben, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin für bis zu 10 Jahre in der hausärztlichen Versorgung in ...unterversorgten Bereichen...tätig zu sein.

Und sie will diese 5 % (also 20 Medizinstudentinnen und -studenten, obwohl es bis zu 40 jährlich sein könnten!) nicht etwa im Oktober 2019 beginnen lassen, wie es jetzt in Nordrhein-Westfalen bei 165 Studentinnen und Studenten der Fall ist, die dort auf Grundlage der Landarztquote ausgewählt wurden, sondern erst im Jahr 2020. Dabei waren für sie hier in Sachsen-Anhalt die gleichen Ausgangsbedingungen vorhanden wie für den dortigen Sozialminister Karl-Josef Laumann. Der war offensichtlich schneller und durchsetzungsfähiger. Und im dortigen Landarztgesetz findet sich keine Beschränkung auf 5 Prozent! So viel zum Stichwort: "zu langsam".



Ohne Ideen ist die Sozialministerin deshalb, weil z.B. ihre Kollegin Barbara Klepsch, Sozialministerin in Sachsen, bereits seit 2015 jedes Jahr 15 Studentinnen und Studenten nach eigenen Kriterien (z.B. Verpflichtung, anschließend in Sachsen in unterversorgte Gebiete zu gehen!) auswählen und in Ungarn studieren lässt. Einfach deshalb, weil das Studium dort nicht so teuer ist. Die ersten kommen nach meinem Kenntnisstand jetzt ausgebildet zurück und können in den unterversorgten Gebieten eingesetzt werden.

Und jetzt kommen wir zum Kernproblem. Unsere medizinischen Fakultäten in Halle und Magdeburg sind öffentlich-rechtlich ausgestaltet, unterliegen also gemäß dem entsprechenden Staatsvertrag den gesamten Regelungen bei der Vergabe von Studienplätzen, über welche die Stiftung Hochschulzulassung wacht.

Hat irgendjemand eigentlich schon mal darüber nachgedacht, dass man in Sachsen-Anhalt eine weitere medizinische Hochschule als gGmbH o.ä. - also privatrechtlich ausgestaltet - gründen könnte? Und damit alle auf dieser Basis Studierenden binden und lenken könnte? Die einzige medizinische Hochschule in Brandenburg (Neuruppin) ist nämlich eine gGmbH, die Kosten werden von kommunalen Trägern, Krankenhausgesellschaften und Sparkassen getragen. Und wer möchte, dass in seinem Bereich Mediziner auch ankommen, zahlt eben die rund 160.000 Euro pro Student. So auch das Altmarkklinikum, welches nach meinem Kenntnisstand z. Zt. 5 Medizinstudenten dort studieren lässt.

Was für ein Wahnsinn: wir als Steuerzahler finanzieren 2 vollständig ausgestattete medizinische Fakultäten in unserem Lande - und mehr als die Hälfte der jährlich insgesamt knapp 400 Absolventen in Halle und Magdeburg verlässt uns nach einem Studium unter Vorzugsbedingungen (besseres Tutorenverhältnis, günstigere Wohnungen) wieder. Und Kliniken, ja, sogar die Kassenärztliche Vereinigung zahlen noch mal an private medizinische Hochschulen sehr viel Geld, damit Mediziner in unserem Lande dorthin geschickt werden können, wo sie dringend benötigt werden!"